

## Stellungnahme der FDP-Fraktion

Ratsherr Wilhelm Bies

Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

wir sprechen den Angehörigen aller Toten und den Verletzten sowie ihren Angehörigen unser tiefes Mitleid und unsere tiefe Erschütterung über dieses Unglück aus.

1,4 Mio. Menschen, so wurde uns das glauben gemacht, sollten an diesem Tage einige unbeschwerten Stunden erleben und mit dem Gefühl nach Hause gehen, dass Duisburg eine Stadt ist, die einen Besuch wert ist. Sie sollten das Gefühl haben, dass es sich lohnt, stolz zu sagen: Ich war in der schönen und lebenswerten Stadt Duisburg. Ich war bei dieser schönen Feier in Duisburg dabei. Das Endergebnis dieser Idee ist allen hier bekannt, Tote, Verletzte und traumatisierte Menschen.

Wir danken allen Rettungskräften, den Polizeibeamten, der Feuerwehr und auch allen Menschen, die mit seelischem und psychologischem Beistand geholfen haben. Wir sind auch davon überzeugt, dass all diejenigen, die sich direkt am Unglücksort eingesetzt haben, diejenigen sind, die an diesem Tage ihr Menschenmögliches getan haben, um Menschen zu retten und zu helfen. Wichtig für mich ist, dass man zunächst einmal vor der eigenen Türe kehren soll, bevor man mit dem Finger auf andere zeigt.

Ja, sehr geehrte Damen und Herren, ich habe für die Loveparade gestimmt. Ja, ich habe die Loveparade als eine Chance für das Image dieser Stadt gesehen. Ja, wir haben uns Sorgen um die Finanzierung gemacht. Ja, ich habe wie alle anderen als Drucksache und auch aus den Zeitungen die sogenannten Zu- und Ablaufwege zur Kenntnis genommen. Ich brauchte mir keine Sorgen zu machen über die Sicherheit der Massenbewegungen. Mir wurde ja mitgeteilt, dass Besucherströme auseinandergezogen werden, Neben Bühnen schon dafür sorgen, dass es nicht zu Komplikationen kommt, und selbst wenn, dann steht immer noch die große gesperrte A 59 bereit.

Ich brauchte mir keine Sorge über Menschenströme zu machen, da diese ja sogar mit professoralem Segen zu sein schienen. Und weil nicht zuletzt die Verwaltung an Recht und Gesetz gebunden ist. Dies sollte bei uns Deutschen und bei den deutschen Bauvorschriften nun wirklich ohne Anlass keine Bedenken auslösen. Also stellt sich die Frage: Was hätte mich oder sogar den ganzen Rat dazu veranlasst, die Notbremse zu ziehen? Warnende Zeitungsartikel über die Sicherheit im oder am Tunnel? Fehlanzeige.

Die Zeitungen druckten die Laufwege ab. Ein Brief der Polizei an die Politik? Ein Brief der Feuerwehr an die Politik? Maileingänge? Und genau an dieser Stelle trennt sich das Wissen oder Unwissen des Oberbürgermeisters von allen anderen Mitgliedern des Rates der Stadt. Der Oberbürgermeister ist der Chef der Verwaltung, also der Herr der Akten. Wie hat denn der Herr der Akten auf den Vermerk reagiert, als es im Vorfeld hieß, dies entspricht keinem geordneten Verwaltungsverfahren? Selbst nachdem dieser Vermerk in der Presse aufgetaucht ist, dauerte es ja einige Tage, bis die Verwaltungsspitze eine Sprachregelung notdürftig zusammengezimmert hatte, im Sinne von: Das ist bei Projekten üblich.

Seine Stärke ist auch gleichzeitig seine größte Schwäche - Bauchentscheidungen. Ich möchte mich an dieser Stelle auch in aller Deutlichkeit von denjenigen distanzieren, die zur Gewalt aufrufen, Hetzkampagnen fahren und den Oberbürgermeister in einer „Kreuzigt Ihn“-Mentalität angehen. Der Tiefpunkt dieser Mentalität war für mich persönlich erreicht, als ich

einen Aufmacher in der Zeitung las, die sonst immer fordert, dass man sich seine Meinung bilden soll. In der Frage über Schuld und Unschuld haben Gerichte - und niemand sonst - das letzte Wort. Keine Internetblogs und schon gar nicht die, bei denen mir - auf Grund ihrer Schreib- und Denkweise - nur noch Begriffe aus der Medizin einfallen.

Ebenso gilt für uns, dass eine Rücktrittsforderung und ein Rücktritt keinesfalls andere Personen entlastet. Die politische Entlastung, sehr geehrte Damen und Herren, kann auch das beste Auftragsgutachten nicht ausräumen. Deshalb nur eine ganz kurze Einschätzung zu den uns vorliegenden Papieren. Die Gesamtplanung des Sicherheitskonzepts enthält nach unserer Einschätzung eine Planungslücke, die sich auf den Abschnitt von den Einlassstellen durch den Karl-Lehr-Tunnel bis zur Rampe als Zu- und Abgang zum eigentlichen Veranstaltungsgelände erstreckt. Zuständig für diesen Bereich war die Stadt Duisburg, da die Abgrenzung der Nutzungsfläche den Tunnelbereich nicht dem Veranstaltungsgelände zuordnete.

Die Planungslücke und der Eintritt des Ereignisses genau an dieser Stelle, und dann noch in dem vorhersehbaren kritischen Zeitraum, ist wohl auch eine Begründung dafür, dass es Probleme dann an der Stelle bei der Koordination der Abwehr- und Rettungsmaßnahmen gegeben hat. Soweit nur zum Auftragsgutachten.

Der Oberbürgermeister war nicht zimperlich, wenn es um die Fragestellung bezüglich des Rücktritts geht. Seine Wortwahl, die ich der Presse entnommen habe, möchte ich auf diesem Bericht anwenden: „Das kannst du in die Tonne kloppen!“ Warum dieser Bericht dem Rat der Stadt nicht hilfreich ist, darauf möchte ich jetzt eingehen.

Sehr geehrte Damen und Herren, nochmals. Wir haben nicht über Schuld oder Unschuld zu befinden. Schuld setzt voraus, dass der Oberbürgermeister Sauerland gegen Normen verstoßen hat. Das wird zu klären sein. Verantwortung ist die Bereitschaft bzw. Pflicht, für eigene oder fremde Handlungen im Eigenbereich die Folgen zu tragen. Darum möchte ich den Fokus nicht auf die Situation vor der Loveparade richten, sondern vor allem auf die Situation danach.

Fast stündlich tauchten in der ersten Woche in der Presse neue verwaltungsinterne Dokumente auf, die den Schluss nahe legten, dass innerhalb der Verwaltung durchaus erhebliche Bedenken gegen die Veranstaltung vorlagen. Nur beispielhaft sei hier das Dokument des Beigeordneten Dressler erwähnt, der einerseits vermerkte, dass er die Verantwortung für sein Dezernat nicht übernehmen könne, andererseits hat das sein Bauordnungsamt als Kontrollbehörde genehmigt.

Als ein weiteres Beispiel kann ich anführen, dass der Oberbürgermeister am Tag der Loveparade von über einer Million Menschen gesprochen hat, aber wie inzwischen bekannt, weder diese Zahlen stimmten, noch lag die Genehmigung dafür vor. Fast nebenbei bemerkt: Wieso tauchen diese Unterlagen nach wenigen Stunden überhaupt auf? Hatte die Verwaltungsspitze Tag des offenen Archivs? Ich wiederhole: Verantwortung ist die Bereitschaft bzw. die Pflicht, für eigene oder fremde Handlungen die Folge zu tragen. Hier blieb wieder die Verantwortung auf der Strecke.

Stichwort Kondolenzbriefe: Wer hat da die Pflicht übernommen, für fremde Handlungen in der Verwaltung die Folgen zu tragen? Nein, der Oberbürgermeister hat es zum Zeitpunkt nicht gewusst, hörten wir mit einiger Verzögerung. Neben all diesen Dingen hat mich ein persönliches Schicksal sehr betroffen gemacht. Uns erreichte ein Anruf eines Angehörigen eines verstorbenen Opfers am 3. August. Er hat versucht, die Stadtverwaltung zu kontaktieren, um zu erfahren, wie der Rücktransport der Verstorbenen durch die Stadt erfolgen sollte. Diese Telefonate wurden zu einer langen Tortur. Zunächst war lange Zeit niemand zu errei-

chen und es wurde die Zuständigkeit zwischen Büros und Ämtern hin- und hergeschoben. Im OB-Büro wurde zunächst lange mit einem Mitarbeiter diskutiert, ohne dass er seinen Namen nannte, dann darüber, dass es namensgleiche Mitarbeiter gäbe.

Es wurde zum Beispiel erklärt, dass die Stadt sich aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht an die Angehörigen wenden könne. Das Rechtsamt erklärte, dass die Stadt die Kosten für den Rücktransport der Toten wegen des Haushaltssicherungskonzeptes nicht übernehmen dürfe. Ohne die Zustimmung der Bezirksregierung könne die Stadt hier nicht helfen. In einem weiteren Amt erklärte sich die Stadt für nicht zuständig für den Rücktransport der Toten. Die Stadt habe zudem den Angehörigen keine Kondolenzbriefe geschrieben, weil sie die Gefühle der Hinterbliebenen nicht verletzen wollte. Erst als er sich an das NRW-Innenministerium und die Staatskanzlei gewendet hat, wurde ihm zugehört, schnell geholfen und ihm oben-drein ganz schnell ein Seelsorger an die Seite gestellt.

Auf persönlichem Wunsch des Hinterbliebenen habe ich diesen Sachverhalt bislang nicht öffentlich gemacht. Dieser hat aber anlässlich dieser Sitzung sein Einverständnis erklärt. Stellt sich für mich die Frage: Was hat die Stadtspitze überhaupt nach der Katastrophe richtig gemacht? Der Erfolg eines Krisenmanagers war von begrenzter Natur. Dazu gehört wohl auch nicht im ersten Anlauf der Umgang mit den Hinterbliebenen. Zum Krisenmanagement haben wir die Stellungnahmen des Beigeordneten Dressler, demnach vermisst er eine geordnete Verwaltungsführung und spricht im Zusammenhang mit der Loveparade-Katastrophe von einem untauglichen Krisenmanagement der Verwaltungsführung.

Der Oberbürgermeister hat zu dem einfachen Wort „Entschuldigung“ eine sehr differenzierte und juristische Meinung. Er sagt, dies wäre gleichbedeutend mit einem Schuldeingeständnis. So so. Darüber hinaus, sehr geehrte Damen und Herren, dürfen wir hören, dass die Kommune die Akten geöffnet hat, und zudem, dass sich der Oberbürgermeister dem gemäß der Gemeindeordnung für das Land NRW vorgesehenen Abwahlverfahren stellen wird. Hier fällt mir ganz persönlich nur noch der Begriff „Fremdschämen“ ein.

Zuletzt bleibt für mich eine ganz andere Frage: Was geschieht eigentlich bei dieser Halsstarrigkeit weiter? Welche Szenarien werden sich abspielen? Ab wann wird der Oberbürgermeister selber eine Veranstaltung verlassen? Wenn 1 von 100 geht, wenn 49 von 100 gehen, wenn 51 von 100 gehen? Wie laut müssen eigentlich Pfeifkonzerte sein? Welcher Mäzen dieser Stadt muss sich in einem Vier-Augen-Gespräch von ihm abwenden? Oder der Gedanke, den eine Zeitung am Wochenende aufgegriffen hat: Welcher Investor braucht bei seinen Einweihungen Grundsteinlegungen? Ein gegen den Oberbürgermeister gerichtetes Publikum und ein mehr als die Hälfte gegen ihn gerichteter Rat. Wird er den Weihnachtsmarkt eröffnen und über christliche Tugenden reden? Das, sehr geehrte Damen und Herren, sind Fragen, die kein Auftragsgutachter abnehmen kann. Das sind Fragen höchstpersönlicher Natur, die er sich vor sich selbst beantworten muss.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, ich werde nicht einen Moment Ihre Verdienste für diese Stadt, die Sie bis zum Tag der Loveparade erworben haben, in Frage stellen. Sie haben sich bürgernah für diese Stadt engagiert. Sie sind nie wieder der Adolf, der Adolf Sauerland, der kumpelig und hemdsärmelig für diese Stadt gearbeitet hat. Sie können allenfalls diese Rolle nur noch schauspielern. Deshalb meine Bitte an ganz viele, aber an Sie ganz besonders: Ersetzen Sie in Ihrem Kopf und in Ihrem Herzen, bei denen Ihre Gesinnung sitzt, dies durch Verantwortung.

Danke!